

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 114 (1988)
Heft: 14

Artikel: Die Schweiz und die EG: Annäherung mit gezücktem Säbel
Autor: Hofer, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-606901>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Annäherung mit gezücktem Säbel

Von Bruno Hofer

Zurzeit erfasst eine beispiellose Heimatwelle unser Land. Alles Fremde soll verschwinden, das Eigene hochgelobt sein. Die Bundesverwaltung wird gestärkt mit Lohnerhöhungen und einer Herbstzulage, das Bundesparlament wird gefestigt durch eine runde Verdoppelung der Entschädigung, überall im Land wird zur 700-Jahr-Feier 1991 gerüstet und nur haarscharf ging in der Frühlingssession das Parlament am Entscheid vorbei, den 1. August zum landesweiten Feier- und Freitag zu erklären. Die Geschäftslast erzwang Verschiebung dieses Traktandums auf die Sommersession.

Bei soviel Patriotismus ist selbstverständlich ein Beitritt der Schweiz zum Europa der Europäischen Gemeinschaft (EG) absolut kein Thema. Sollen die sich 1992 zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammenfinden, wir bleiben wir. Den Schweizern gefällt's, die Lage ist erfreulich.

Seit dem Beitritt von Spanien und Portugal 1986 gibt es jetzt zwölf EG-Nationen, Beitrittsabsichten äussern auch Norwegen, die Türkei sowie Malta. Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky beschwichtigt prophylaktisch bereits heute seine Landsleute, ein allfälliger EG-Beitritt des Alpenstaates sei «ohne weiteres vereinbar mit der Neutralität des Landes».

Das Volk will nicht

Soll sich doch die EG formieren zum einheitlichen Wirtschaftsraum mit 320 Millionen Menschen, neun Zehntel aller Europäer; die Schweizer Bauern fordern dennoch unverdrossen weiteren Agrarprotektionismus, neuestens übrigens auch noch Import-schranken für Hunde- und Katzenfutter.

Schweiz bleibt Schweiz. Das Volk, das sich in der Inselrolle wohlig aalt, sich dank Fremdarbeiter-Schiebetür stets einer tiefen Arbeitslosenrate erfreut und den UNO-Beitritt am 16. März 1986 mit kaum überbietbarer Deutlichkeit abschmetterte, will politisch von Europa rein gar nichts wissen.

Und deshalb markieren Politiker und hohe Staatsfunktionäre Härte. Sie reden zwar von einer notwendigen Annäherung an die EG, doch gemeint ist sie anders. Zum Beispiel der Basler FDP-Nationalrat Paul Wyss, der einfallsreiche Erfinder populärer Vorstösse: Der Volksvertreter rügte am 10. März in einer Interpellation an den Bundesrat, Herr und Frau Schweizer seien in EG-Europa nur noch Bürger zweiter Klasse. Der Beweis: Im Londoner Flughafen müssten einreisende Schweizer lange Schlange stehen, da nur EG-Bürger rasch

durch die Sonderschalter geschleust würden, nicht aber die Schweizer, die sich an einem andern Ort anzustellen hätten, als kämen sie zum Beispiel aus Südafrika. Kein Zweifel: Eine Sauerei. Der Bundesrat solle sagen, ob er bereit sei, «hinzuwirken» und zu «verhandeln», dass diese Diskriminierung aufhört. Recht so! Annäherung heisst: Hinauf auf den Fechtboden mit gezücktem Säbel.

Wer sind wir denn?

Ebenfalls eher dem Mann von der Strasse auf den Mund statt der Herausforderung ins Gesicht schauen jene Parlamentarier, die nicht müde werden die Aussenpolitik der Schweiz zu verurteilen, wenn sie dazu führt, dass Bundesräte Reisen unternehmen. Die sollen gefälligst hier in Bern warten, bis sich der Auslandsgast herbeizubemühen geruht. Wer sind wir denn!

Auch der Zürcher CVP-Politiker Paul Eisenring hat das Annäherungsthema entdeckt und will es auf seine Weise lösen: Der Schweizerfranken soll als Währung der Europäischen Schlange angehängt werden. Soll sich die EG mit unserer Währung herumschlagen. Nur so kann verhindert werden, dass Ausländer immer mehr den Schweizerfranken als Dollarersatz aufkaufen, was zu einem hohen Frankenkurs führt und unsere Exportindustrie schwächt. Ganz recht, die EG soll unsere Währungsprobleme lösen. Wir haben schliesslich auch unsere Sorgen.

Allmählich durchfurchen hingegen Sorgenfalten die Denkerstirnen von Schweizer Wirtschaftskapitänen, Verbandsfachleuten und Regierungsmitgliedern, die mit immer dumpferem Gefühl in der Magengegend über die Landesgrenzen hinausblicken und besorgt registrieren, wie bedrohlich eng sich bereits die Schlinge der EG-Einigung rund um Mutter Helvetia zusammengeschnürt hat.

Rotkäppchen Schweiz

Und selbst der neue Bundesrat und Aussenminister René Felber, ein ausserordentlich realistischer und nüchtern auftretender Führungsman des Landes, der sich markig gegenüber seinem sich gern in philosophischen Exkursen ergehenden Vorgänger abgrenzt, möchte an seiner ersten grossen Pressekonferenz nach hundert Amtstagen einen EG-Beitritt der Schweiz gar nicht mehr rundweg ausschliessen. Er wisse heute selber nicht, ob man dafür oder dagegen sein soll. Eine geradezu gefährlich offene Sicht der Dinge.

Die EG als grosser böser Wolf, Rotkäppchen Schweiz mit aufgerissenem Maul zähnefletschend belauernd? Herr und Frau Schweizer wollen es nicht glauben, verbannten solche Visionen ins Reich der Märchen.

Doch alles Deuteln hilft nichts: 1985 sprachen EG-Richter ein Urteil und setzten Frist bis 1992 für die Vereinheitlichung des EG-Binnenmarktes. Am 29. Juni 1985 stellte sich der Europäische Rat in Mailand mit seinem ganzen politischen Gewicht hinter diese Absicht. Die Einigung kommt.

Ein freier EG-Binnenmarkt ab 1992 bedeutet einen Zollfreiraum, den Abbau aller Handelschranken und Grenzkontrollen unter EG-Ländern, die Wanderfreiheit der Arbeitskräfte, den freien Kapitalverkehr, die Niederlassungsfreiheit für Banken, Versicherungen und Transportunternehmer. Einheitlich werden soll aber auch die indirekte Besteuerung der Konsumgüter.

Schleichweg zum Anschluss

Die unmittelbare Folge für die Schweiz: Bilaterale Abkommen werden wertlos. Betroffen sind nicht nur Verkehrsabkommen mit EG-Staaten, sondern auch Abkommen über ausländische Arbeitskräfte (Beispiel Italien).

Vereinzelt treten in der Schweiz zwar einsame Rufer in der Wüste auf, doch kaum vor viel Publikum. Einer der unermüdlichen Mahner ist unser Staatssekretär im Bundesamt für Aussenwirtschaft, Franz A. Blankart. Der Architekt der Handelspolitik findet, die Schweiz brauche ein ganz erhebliches Europabewusstsein. Das Land könne nicht länger von der EG in unzähligen Fällen Rücksichtnahme auf den Sonderfall Schweiz erwarten, wenn nicht gleichzeitig auch in jenen wenigen Fällen, in denen die EG auf unser Land angewiesen sei, ein Entgegenkommen der Alpenrepublik stattfinde. Es drohe allen Ernstes die Marginalisierung der Schweiz.

Zwar sei ein Beitritt unrealistisch: «Zu glauben, dass Volk und Stände noch in diesem Jahrhundert an einem lauen Mai-Sonntag dem EG-Beitritt zustimmen würden, ist total unrealistisch.» Doch er findet: Bevor künftig die Schweiz Normen festlege, solle sie sich bei der EG erkundigen, wie die Gemeinschaft das Problem zu lösen gedenke. Durch diese «vorgängigen Konsultationen» betreibe man eine «aktive Integrationspolitik», die einer nachträglichen Diskriminierung ausweiche. Mit andern Worten: Die Schweiz muss sich anschliessen, aber keiner im Land darf davon etwas erfahren.